

**Dietrich Keil, *Essen steht AUF*
Redebeitrag zur kommunalen Haushaltskrise – Rat 24.3.2010**

Die tatsächlich alarmierenden Zahlen der Finanzkrise der Stadt und der umliegenden Kommunen will ich nicht wiederholen. In der Analyse gibt es eine relativ große Übereinstimmung. Selbst eben im Vortrag von Herrn Olbrich (Bezirksregierung Düsseldorf) wurde die Unterfinanzierung durch Land und Bund nicht beschönigt. Aber ich komme zu anderen Schlussfolgerungen als sie hier von der Kämmerei vorgeschlagen werden wie in fast allen Ruhrgebietsstädten auch.

Das Desaster der kommunalen Finanzkrise ist völlig zu recht in aller Munde. Berechtigt ist auch der Protest der kommunalen Spitzenverbände, und deshalb ist die hier vorliegende Resolution des RVR von der Richtung her auch zu unterstützen. Aber man muss auch eines festhalten: Wenn jetzt Politiker der Parteien darüber Krokodilstränen vergießen, die in Bund und Land dieses Desaster mit verursacht haben, dann ist das nicht sehr glaubwürdig. Wer hat denn die ganze Armutsspirale mit Hartz IV in Gang gesetzt, die zu steigenden Ausgaben bei sinkenden Einnahmen führt? Wer hat Steuern und Abgaben für die Masse der Bevölkerung seit Jahren hochgetrieben, aber für Konzerne und Banken, ebenso für die Reichen gesenkt? Wer spannt ohne Umschweife Milliarden-Schutzschirme für die Großbanken in der Krise, will den Kommunen aber Daumenschrauben anlegen, von deren Finanzlage die Lebensqualität der Menschen maßgeblich bestimmt wird?

Es handelt sich dabei nicht um eine „strukturelle Schiefelage“, wie es in der Vorlage des Kämmersers heißt, die sich durch besondere Anstrengungen beheben ließe. Die kommunale Finanzkrise ist eine regelrechte Strukturkrise; eine Krise des Systems, die die Grundlagen betrifft und nicht irgendwelche konjunkturellen Schwankungen. Sie ist, wie auch Herr Olbrich betonte, schon seit Jahren gewachsen, aber wird jetzt und in den nächsten Jahren durch die Wirkungen der tiefen Weltwirtschaftskrise ungeheuer verschärft. Sie kennen die Zahlen dazu. In Essen haben alle Haushaltssicherungskonzepte und Konsolidierungsprogramme der letzten Jahre, alle Kienbaum- und sonstigen Gutachten deshalb die Abwärtsspirale nicht aufgehalten, ja nicht einmal nennenswert verlangsamt. Das bedeutet: Ein noch so umfangreiches sog. „Sparprogramm“ auf Kosten der Bürger, aber auch der Beschäftigten wird in Essen substantiell an der Überschuldung von jetzt schon über drei Milliarden nichts ändern. Deshalb, mit Verlaub Herr Kämmerer, ist Ihre sog. Klieve-Kurve auch Wunschdenken, ist ein willkürliches Zahlenspiel, das mit den Bedarfen der Stadt, mit der Daseinsfürsorge ihrer Bürger, mit der wirtschaftlichen Entwicklung usw. nichts zu tun hat. Lassen Sie nur die Zinsen steigen, wie es Herr Olbrich gerade auch vorhersagte, dann rutscht Ihre Kurve in den Keller, und der Haushalt genauso. An irgendeine Tilgung der riesigen Schulden ist dann noch weniger zu denken.

Weil das so ist, deshalb komme ich zu etwas anderen Schlussfolgerungen. Nämlich: Grundsätzlich sollen die Verursacher der Krise – das sind die Konzerne, Großbanken und die Bundespolitik – für die Folgen der kommunalen Finanzkrise aufkommen. Denn: Auch wenn manches Problem hausgemacht ist – und Sie kennen meine Kritik an den zig Millionen für Zollverein oder den zusätzlichen rd 25 Millionen zu den geschenkten 55 Millionen beim Folkwang-Museum - es ist nicht die Stadt, es sind nicht die Kommunen, die verantwortlich sind für das Finanzdesaster. Noch weniger sind es aber die Menschen in den Städten! Deshalb stehe ich prinzipiell dagegen auf – ja: Essen steht AUF! - wenn es heißt, jetzt müssen auch die Einwohner über Kürzungen und Verschlechterungen, über höhere Steuern und Gebühren ihren sog. Beitrag leisten.

Nein! Sie haben die Lage nicht zu verantworten! Nicht die Essener Bürger haben die Überschuldung verursacht. Wir leben in Essen mit über 80 000 Hartz IV-Beziehern und 30 Prozent Kinderarmut wahrhaftig nicht im Luxus. Die Essenerinnen und Essener schulden niemandem irgendeinen Sparbeitrag.

Der Standardsatz „Kein Geld da“ zieht da als Argument in meinen Augen nicht. Es ist Geld da – nämlich ohne Nachdenken für die immensen Zinsen an die Großbanken. Diese werden in dieser Resolution als die Nutznießer der Überschuldung gar nicht genannt, geschweige denn werden die Zinsen in Frage gestellt.

Genau das halte ich aber für angezeigt. Statt die Menschen zur Kasse zu bitten, halte ich ein Zinsmoratorium für einen wirksamen Schritt, der mit den Banken auch die Richtigen, die Profiteure der Schutzschirme trifft!

Die Zinszahlungen in Essen an die Banken dürften gesamt bei etwa 150 Mio im Jahr liegen. Ein Betrag höher als das angestrebte sog. Einsparvolumen! Was hier stattfindet, ist doch: Kommunales Kapital wird in Bankkapital verwandelt. Und dafür sollen die Menschen geschöpft werden, dass aus ihren Taschen die Grossbanken bedient werden? Das ist für mich Umverteilung in die falsche Richtung.

Deshalb hat nicht nur die Durchsetzung des Konnexitätsprinzips und einer Gemeindefinanzreform gegen kommunale Unterfinanzierung meine Zustimmung, wofür wir eintreten wie viele andere auch. Sondern ich werde vor allem jedem wirklichen Zinsen- und Schuldenabbau zustimmen, der auf Kosten der Banken geht und nicht doch über Steuern finanziert wird, wie es der sog. Entschuldungsfond der 19 Memorandum-Städte im Kern vorschlägt.

Deshalb werde ich aber umgekehrt keinen Maßnahmen und Sparpaketen zustimmen, die das Leben der Bevölkerung zum Nutzen der Banken verschlechtern.